

KOMMENTAR



Matthias Kros über die Bedeutung der ICE-Anbindung

Die Region profitiert

Es wird ernst in Sachen ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim: Nachdem die Verhandlungen um den Streckenverlauf jahrelang stockten, wagt sich die Deutsche Bahn jetzt immer weiter aus der Deckung. Zumindest für die Bergstraße liegt ein mehr oder weniger konkreter Trassen-Vorschlag auf dem Tisch, auf dessen Basis nun verhandelt werden kann.

Dabei gilt es zunächst, eines festzuhalten: Die gesamte Region – nicht nur Mannheim – steht kurz davor, eines ihrer wichtigsten Ziele zu erreichen: die Vollenbindung des zentralen Bahnhofes der Metropolregion Rhein-Neckar an das Fernverkehrsnetz der Bahn. Alles andere würde dem Wirtschaftsraum mit seinen über zwei Millionen Menschen einen schweren und irreparablen Schaden zufügen.

Natürlich ist das letzte Wort deshalb längst noch nicht gesprochen. Die von der Bahn vorgeschlagene Trassenführung muss in den kommenden Wochen genauestens geprüft werden: Wie können wichtige Naherholungsgebiete erhalten werden? Wo lassen sich Belastungen für die Anwohner durch Lärmschutzmaßnahmen verhindern? Wo ist gar eine Untertunnelung vernünftig? Hier ist nun das gleiche Verhandlungsgeschick gefragt, mit der die Region bisher ihre Interessen vertreten hat. Begleitet von einer gewissen Bereitschaft zu Kompromissen.

Notenbank: Ärger über geplante Pensionsreformen

Warnstreik bei der EZB



Erster Warnstreik in der Geschichte der Europäischen Zentralbank. BILD: DPA

FRANKFURT. Mehrere hundert Mitarbeiter der Europäischen Zentralbank (EZB) haben gestern am ersten Warnstreik in der Geschichte der Notenbank teilgenommen. Nach Angaben der Gewerkschaft Ipsos (International and Public Services Organisation) legten einen Tag vor der nächsten Zinssitzung des EZB-Rats rund 500 Beschäftigte für gut eineinhalb Stunden ihre Arbeit nieder.

Mit dem Warnstreik wollten die Beschäftigten ihrem Ärger über eine umstrittene Pensionsreform Luft machen. Diese bedeutet für die Angestellten nach Gewerkschaftsangaben Einbußen bei den Altersansprüchen von 15 bis 18 Prozent. Gemäß internationalen Regeln entscheidet der EZB-Rat auf Vorschlag des Direktors über Gehälter und Pensionsansprüche. Die Gewerkschaft beklagt seit längerem geringe Mitbestimmungsmöglichkeiten. Öl ins Feuer gegossen hatte zuletzt die Führungsspitze der Notenbank. In Briefen an die Mitarbeiter erklärten EZB-Präsident Jean-Claude Trichet und die Personalverwaltung, den Streikenden würde für die Dauer des Ausstandes kein Gehalt gezahlt. rtr

Verkehr: Vorschläge für Trassenverlauf an der Bergstraße / Trasse „Mannheim Direkt“ jetzt bevorzugt

Deutsche Bahn verabschiedet sich von Bypass

Von unseren Redaktionsmitgliedern Matthias Kros und Uwe Rauschelbach

MANNHEIM/HEPPENHEIM. Die Deutsche Bahn ändert ihre Strategie im Streit um die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim. Während der Konzern die Trasse bisher unbeding mit einem Bypass an der Quadratestadt vorbeibauen wollte, bevorzugt die Bahn nun die Variante „Mannheim Direkt“. Das habe die „nochmalige Prüfung der Varianten aus der Raumordnung auf ihre Machbarkeit und ihre Umweltverträglichkeit hin“ ergeben, schreibt die Bahn in ihren Planunterlagen für das Neubauprojekt. Zuvor hatte die Bahn hartnäckig das Ziel verfolgt, über einen Bypass an Mannheim vorbei eine direkte ICE-Verbindung von Frankfurt nach Stuttgart zu schaffen. Dagegen hatte sich die Region jahrelang gewehrt.

Die Variante „Mannheim Direkt“ (Grafik: Nr.1) war ursprünglich vom Mannheimer SPD-Bundestagsabgeordneten Lothar Mark ins Spiel gebracht worden. Sie führt ab Lorsch Richtung Südwesten auf einer Länge von 12 Kilometern durch den Lorsch-Wald an Neuschloß und Lampertheim vorbei und mündet nördlich des Bahnhofs Mannheim-Waldhof bei Schönau in die Riedbahn. Diese Variante werde auch hinsichtlich der Kosten bevorzugt, heißt es weiter. Zudem ließen sich so die verkehrlichen Ziele erreichen.

„Per se sind damit andere Varianten aber nicht völlig ausgeschlossen“, sagte eine Bahn-Sprecherin zu den neu formulierten Plänen. Diskutiert wird beispielsweise über eine sinnvolle Nutzung der Östlichen Riedbahn für Züge, die nicht über den Mannheimer Hauptbahnhof geführt werden müssen.

Kommunen informiert

Auch bei einem Treffen mit Vertretern betroffener Kommunen, Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen gestern im südhessischen Heppenheim propagierte die

Varianten für ICE-Strecke



Bahn ihre neue bevorzugte Trasse. Das war von Teilnehmern an der Veranstaltung zu erfahren. Das Unternehmen hatte eingeladen, um den Kommunen die Ergebnisse ihrer Umweltverträglichkeitsprüfungen vorzustellen. Neben der beschriebenen Wunschstrecke werde demnach noch eine weitgehende Bündelung der neuen Trasse mit der Autobahn A67 und später ein (möglicherweise untertunnelter) Knick Richtung Mannheimer Hauptbahnhof (Grafik: Nr. 2) erwogen.

„Wir haben sehr sachliche und konstruktive Gespräche mit der Bahn geführt“, sagte Vierneims Bürgermeister Matthias Baaß im Anschluss an das Treffen. Die Bahn habe zugesagt, den betroffenen Kommunen die Details in den nächsten Tagen nochmals schriftlich zukommen zu lassen. „Erst danach möchte ich die vorgestellten Pläne bewerten“, so Baaß.

Schon im Vorfeld hatte sich an der Bergstraße allerdings Widerstand gegen die sich abzeichnenden Pläne der Bahn formiert. Anwohner befürchten Lärmbelästigung und die Zerschneidung wichtiger Naherholungsgebiete. So gibt es bereits mehrere Einsprüche durch Naturschutzverbände. Dieter Goll, Spre-



Eine Vollenbindung Mannheims an die schnellen ICE-Verkehre der Deutschen Bahn ist ein gutes Stück sicherer geworden. BILD: DPA

cher der Lampertheimer Bürgerinitiative BILA, wollte deshalb gestern noch nicht von einer Vorentscheidung sprechen. Die BILA werde auch weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, um gegenüber der Bahn und den zuständigen Landesministerien die Positionen der Bevölkerung im Kreis Bergstraße durchzusetzen.

Der Verzicht der Bahn auf eine Umfahrung Mannheims hatte sich schon länger abgezeichnet – vor allem aufgrund politischer Vorgaben. So schreibt der Bundesverkehrswe-

geplan der Bahn vor, den Personenverkehr über Mannheim zu führen. „Eine Änderung dieser Vorgabe ist derzeit nicht vorstellbar“, hatte Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) am Dienstag in Ludwigshafen gesagt. Mit der Einleitung des fälligen Planfeststellungsverfahrens für den angesprochenen Abschnitt der Neubaustrecke ist frühestens Ende 2009 zu rechnen.

Planunterlagen der Bahn unter www.rp-darmstadt.hessen.de

Lebensmittel: Tiefkühlkost-Hersteller schert aus Front gegen die lange geforderte Nährwertkennzeichnung aus

Frosta gibt der Ampel grünes Licht

Von unserem Korrespondenten Wolfgang Mulke

BERLIN. Nun kommt die Ampel doch auf die Verpackung von Lebensmitteln – zumindest bei einigen Produkten. Der Tiefkühlkost-Hersteller Frosta schert aus der bisher ablehnenden Front der Lebensmittelindustrie aus. Ab August druckt das Hamburger Unternehmen die Nährwertangaben für Fett, Salz, Fettsäuren und Zucker in den Farben grün, gelb oder rot auf die Verpackungen von vier Fertiggerichten.

Diese Art der Darstellung fordern Verbraucherschützer schon lange vergebens. Grün signalisiert, dass der jeweilige Stoff in geringem Umfang enthalten ist, gelb steht für einen mittleren, rot für einen hohen Wert. Frosta-Vorstand Felix Ahlers will damit Kundenwünschen nach einer leicht verständlichen Kennzeichnung nachkommen. „Wir haben als Hersteller kein Problem damit“, sagte Ahlers gestern in Berlin.

Allerdings erwartet das Unternehmen nun auch eine gesetzlich verbindliche Regelung für die Ampelkennzeichnung, damit die Produkte für die Kunden vergleichbar werden. Frosta steht in der Nahrungsmittelindustrie noch allein auf

weiter Flur. Die Branche lehnt die Ampel weiterhin rigoros ab. „Die Bewertung einzelner Nährstoffe ist willkürlich und wissenschaftlich nicht zu rechtfertigen“, erläutert der Chef des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde, Peter Loosen.

Die Industrie setzt auf ein anderes System, bei dem die Nährwerte pro Portion und im Verhältnis zum Tagesbedarf angegeben werden. Viele

Hersteller, besonders von Süßwaren, Limonaden und Fertiggerichten, haben Angst vor der Ampel. Zu viele rote Symbole könnten die Kundschaft vom Kauf ihrer Produkte abhalten, obgleich der Konsum in Maßen gar nicht ungesund sein muss. Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner ist ebenfalls gegen die Ampel. Die CSU-Politikerin sieht in den anderen EU-Staaten keine Unterstützer und will keinen nationa-

len Alleingang unternehmen. Die SPD wirft der Ministerin Tatenlosigkeit vor und setzt sich für den Farbaufdruck ein. „Die Kennzeichnung soll einfach, leicht verständlich und mit einem Blick zu erfassen sein“, fordert die Verbraucherexpertin der Fraktion, Elvira Drobinski-Weiß.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) und die AOK halten die Ampel ebenfalls für die beste Lösung. „Wir brauchen eine Kennzeichnung, die insbesondere auch für Familien eine schnelle Orientierung liefert“, erläutert vzbv-Chef Gerd Billen. Die AOK erhofft sich durch die Farbmarkierungen einen Beitrag zur gesunden Ernährung. Denn Übergewicht hat in Deutschland ein beträchtliches Ausmaß erreicht. Jeder zweite Erwachsene und jedes siebte Kind trägt zu viele Kilos mit sich herum. Deshalb haben sich Kinderärzte schon früh auf die Seite der Ampel-Befürworter geschlagen.

Auch in England zielt die Ampel einige Produkte. Doch auch die Briten setzen sich nicht für eine verbindliche Regel ein. Nun muss das europäische Parlament erst einmal entscheiden, wie die Kennzeichnung in der EU gehandhabt werden soll.



Von Verbraucherschützern gefordert, von der Industrie verpönt: die Ampelkennzeichnung auf Lebensmitteln. Frosta wendet sie künftig an. BILD: DPA

KURZ UND BÜNDIG

Sony mit neuer Playstation

LOS ANGELES. Im Kampf um die Gunst der Videospiele hat Sony eine neue tragbare Playstation vorgestellt. „PSP Go“ sei halb so groß und 40 Prozent leichter als das Vorgängermodell „PSP 3000“, erklärte das japanische Unternehmen gestern. Das neue Gerät wird ab 1. Oktober in Nordamerika und Europa für etwa 249 Dollar zu kaufen sein. rtr

Bombardier-Gewinn bricht ein

MONTREAL. Der kanadische Zug- und Flugzeugbauer Bombardier hat im ersten Quartal wegen eines Nachfrageeinbruchs einen kräftigen Gewinnrückgang verbucht. Wie der Konzern gestern mitteilte, verringerte sich das Nettoeinkommen im Vergleich zum Vorjahr um 31 Prozent auf 158 Millionen Dollar. Der Umsatz fiel um 6,7 Prozent auf 4,47 Milliarden Dollar. rtr

Chrysler muss warten

NEW YORK. Für den insolventen US-Autobauer Chrysler steht der rettende Einstieg des italienischen Fiat-Konzerns noch mindestens bis Ende der Woche auf der Kippe. Ein Berufungsgericht in New York hat eine entscheidende Anhörung für diesen Freitag angesetzt. dpa

ZAHLE DES TAGES

Der Markt für Beteiligungskapital ist eingebrochen. In deutsche Firmen wurden von Januar bis März **301 Millionen Euro** investiert. Das waren drei Viertel weniger als im Vorjahreszeitraum mit 1,5 Milliarden Euro.

Wirtschaft unter Verdacht

BERLIN. Unternehmen stehen zunehmend im Verdacht, politische Entscheidungen mit Bestechungsgeldern zu beeinflussen. Das geht aus einer Umfrage der Anti-Korruptions-Organisation Transparency International hervor. Danach werden Unternehmen von 54 Prozent der Befragten als korrupt eingeschätzt – acht Prozentpunkte mehr als vor fünf Jahren. dpa

Trevira stellt Insolvenzantrag

BOBINGEN/NEU-ULM. Der Textilfaser-Produzent Trevira mit deutschlandweit rund 1380 Beschäftigten ist pleite. Die Trevira GmbH und die Trevira Holding GmbH aus dem schwäbischen Bobingen hätten Insolvenzantrag gestellt, teilte die Anwaltskanzlei Schneider Geiwitz & Partner gestern mit. dpa

Bernanke zuversichtlich

WASHINGTON. US-Notenbankchef Ben Bernanke sieht wieder wachsendes Vertrauen in den Finanzsektor, mahnt aber baldige Schritte gegen das gigantische Haushaltsdefizit an. Dass US-Großbanken in den vergangenen Wochen „erhebliche Fortschritte“ bei der Stärkung ihres Kapitalpuffers erzielt hätten, deute auf gestiegenes Vertrauen der Investoren in das Bankensystem hin. dpa

Handel

Erstes Konzept zur Woolworth-Rettung

FRANKFURT. Zur Rettung der insolventen Kaufhauskette Woolworth Deutschland gibt es ein erstes Konzept. Allerdings ist noch kein Investor in Sicht und damit die Gefahr von Filialschließungen nicht gebannt, wie ein Sprecher des Insolvenzverwalters Ottmar Hermann gestern sagte. Hermann schlägt ab Juli eine Transfersgesellschaft für die bundesweit 9700 Mitarbeiter vor, will das Sortiment entrümpeln und Laden- und Lagerflächen vereinheitlichen. Woolworth Deutschland hatte wegen drohender Zahlungsunfähigkeit im April Insolvenzantrag gestellt. „Aus der Transfersgesellschaft kann ein Investor dann die Mitarbeiter nach seinen Möglichkeiten wieder herüberholen“, so der Sprecher. dpa